

Rolle der Verfahrenspflege in Verfahren nach dem Münchner Modell

In der Diskussion um Modelle des familiengerichtlichen Verfahrens, die in Anlehnung an das Cochemer Modell und vor den Hintergrund der geplanten Neufassung des Familienverfahrensrechts eine Beschleunigung und Effektivierung der streitigen Trennungs- und Scheidungsverfahren zum Ziel haben, ist von Verfahrenspfleger/innen wenn überhaupt häufig nur am Rande die Rede.

Dieser Umstand ist nur dann nachvollziehbar, wenn man davon ausgeht, dass sich an der Erforderlichkeit und Aufgabenstellung der Verfahrenspflege in den genannten Verfahren nichts grundlegend ändert. Der Auftrag der Verfahrenspflege, Kindern und Jugendlichen einerseits das Verfahren verständlich und transparent zu machen und sie damit zunächst erst einmal in die Lage zu versetzen, sich eine Meinung zu bilden und Stellung zu beziehen folglich als Subjekt am Verfahren beteiligt zu sein, besteht nach wie vor. Auch die Funktion als Interessenvertretung der Kinder gegenüber dem Gericht und den weiteren Beteiligten durch Schilderung der Situation und der Sichtweise der Kinder wird keinesfalls obsolet durch eine Beschleunigung bzw. verbesserte Zusammenarbeit der am gerichtlichen Verfahren beteiligten Professionen. Auch dürfte dahingehend Einigkeit bestehen, dass es nur um Beschleunigung zum Wohl der Kinder gehen kann und dass es Konstellationen gibt, wo Gefahren für das Kindeswohl in Rede stehen und deshalb zunächst eine sorgfältige Aufklärung geboten ist. Auch in Fällen von Partnergewalt dürfte wegen des bestehenden Machtgefälles zwischen den Parteien eine echte konsensuale Lösung nicht möglich sein, so dass der Opferschutz Vorrang haben muß. Ein beschleunigte Behandlung dieser Fälle ggf. mit einer einstweiligen Anordnung zum Umgang birgt die Gefahr der Verfestigung und Fortdauer der Gewaltstrukturen¹.

Der Beschleunigungsgrundsatz findet allerdings auch in der die künftigen Verfahrensbeistände betreffenden Norm des Entwurfs. § 158 Abs. III S.1 FGG-RG bestimmt, dass der Verfahrensbeistand so früh wie möglich zu bestellen ist, d.h. sobald für das Gericht erkennbar ist, dass die Tatbestandsvoraussetzungen des § 158 Abs. I, II Fam. FG vorliegen..

Fraglich ist, wie diese frühzeitig zur Kenntnis des Gerichts gelangen können, wenn sich die Prozessbevollmächtigten in Antragsschrift und Erwiderung zur Vermeidung von Konflikteskalation weitgehend auf die knappe Darlegung objektiver Fakten beschränken.

In Anbetracht des Umstands, dass für die Anwälte das Konfliktniveau bereits recht früh erkennbar ist, wäre eine Anregung von ihrer Seite hinsichtlich der Bestellung eines Verfahrenspflegers hilfreich im Sinne einer frühzeitigen Bestellung. Das gilt selbstverständlich auch für die Jugendhilfe sofern sie bereits im Vorfeld des ersten Termins über entsprechende Informationen verfügt.

Das ermöglichte, dass der Verfahrenspfleger bereits vor dem ersten Termin mit den Beteiligten insbesondere mit dem Kind gesprochen haben und dessen Interessen im frühen Termin bereits vertreten könnte, so dass gewährleistet ist, dass diese ggf. in die Vereinbarung der Eltern einfließen. Auch wenn die Eltern Beratung oder Mediation in Anspruch nehmen, ist nicht davon auszugehen, dass der Grund für die Verfahrenspflegerbestellung ohne weiteres sogleich entfällt. Vielmehr bedarf es eines längeren Beratungsprozesses, der im Erfolgsfall zum Ergebnis hat, dass die Parteien ihre Elternverantwortung wieder übernehmen und die Bedürfnisse der Kinder wieder wahrnehmen und berücksichtigen

¹ So auch Dr. Susanne Nothaft in DJI Stellungnahme zum Entwurf eines FGG-Reformgesetzes –FGG-RG vom 08.02.08

(können), woran sie in hoch eskalierten Konflikten schon deshalb gehindert sind, weil diese Konflikte erhebliche Aufmerksamkeit und Ressourcen der Eltern binden, welche für die Kinder dann nicht mehr zur Verfügung stehen.

Der Beschleunigungsgrundsatz betrifft allerdings auch die Verfahrenspflege, obschon dieser für Verfahrenspfleger unter der oben genannten Bedingungen von Anfang an bestimmend war. Nun kommt jedoch hinzu, dass nun sehr schnell ein Beratungs- oder Mediationsprozess in Gang kommen kann und in Absprache mit den beteiligten Professionen zu klären ist, ob und inwieweit der Verfahrenspfleger die Kindesinteressen hier einzubringen hat. Auch die gestiegenen Anforderungen hinsichtlich des kooperativen Arbeitens aller beteiligten Fachkräfte betreffen die Verfahrenspflege in hohem Maß. Konkurrenzen oder Konflikte im „Helfersystem“ haben sich zwar bereits schon immer als schädlich für alle Beteiligten erwiesen aber vor dem Hintergrund des oben genannten Modells und seinen Intentionen, sollte nunmehr allen professionell Beteiligten deutlich sein, dass die Arbeit in sorgfältiger Abstimmung und Kooperation miteinander gemessen am genannten Ziel deutlich erfolgreicher ist, als der Alleingang.

Birgit Büchner, Juristin und Sozialpädagogin Geschäftsführerin des Vereins Anwalt des Kindes-München e.V. und Leiterin der Koordinierungsstelle
[www.anwaltdeskindes-muenchen.de]